

Aktuelles aus der Wirtschaft & Energiewelt (Zitate aus Zeitungsartikeln)



Professor Michael Beckmann leitet seit 2007 den Lehrstuhl für Energieverfahrenstechnik an der TU Dresden

Quelle: Tobias Ritz/www.tobiasritz.com



Mario Schenk ist Professor für Hochspannungstechnik und Elektrische Anlagen an der BTU Cottbus-Senftenberg

Quelle: Sascha Thor, BTU

1. „Man sollte die Abschaltung regelbarer, oft abgeschriebener Kraftwerke sofort stoppen“ (WELT vom 17.07.2026):

„Ideologie, Lobby-Einfluss, extrem teuer – zwei renommierte Experten kritisieren die deutsche Energiewende scharf und fordern ein Moratorium bei Windkraft und Solar. Gravierende Probleme seien ungelöst.“

WELT AM SONNTAG: Herr Professor Beckmann, Herr Professor Schenk, wo steht Deutschland bei der Energiewende?

Michael Beckmann: Wir sind in einer frühen Entwicklungsphase des Gesamtsystems. Als Ingenieure beschreiben wir Fortschritt mit dem Technology Readiness Level in Stufen von TRL 1 bis 9. Mit der Energiewende liegen wir bei etwa vier bis sechs. Zentrale Bausteine wie Speicher, Wasserstoff, Netze, Flexibilisierung, Reserveleistung und Marktmechanismen, um nur einige zu nennen, sind weder technisch noch wirtschaftlich – insbesondere im Zusammenwirken – in erforderlichem Maßstab erprobt.

Mario Schenk: Aus meiner Sicht fehlt weiter eine ganzheitliche Betrachtung des Energiesystems mit dem Fokus auf Wirtschaftlichkeit und Kosten, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Einzelne Lobbygruppen versuchen und schaffen es auch, ihre jeweiligen partikularen Brancheninteressen durchzusetzen. Eine Optimierung des Energiesystems hinsichtlich der genannten Kriterien des energiepolitischen Zieldreiecks findet nicht statt.

WAMS: Immerhin werden mittlerweile rund 60 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt, ein Fortschritt?

Schenk: Na ja, nur 21 Prozent unseres gesamten Energiebedarfs werden über Strom gedeckt. Insgesamt haben Wind und Sonne nur einen Anteil von rund acht Prozent an unserem gesamten Energiebedarf. Es wurden aber bereits bis jetzt ungefähr 500 Milliarden Euro Subventionen für diese Entwicklung aufgewendet.

WAMS: Sie sind skeptisch?

Beckmann: Ja, die Probleme manifestieren sich in vielfältiger Weise, zunehmende Energiepreise und abnehmende gesicherte Leistung sind dabei nur zwei der sichtbaren Aspekte.

Schenk: Wegen der hohen Investitionskosten, der Einspeisevergütungen für die Erneuerbaren und der CO₂-Bepreisung haben wir unter den Industrieländern die nahezu höchsten Strompreise. Das beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und unseres gesamten Landes stark und führt zur Deindustrialisierung. Die gesicherte Leistung der regelbaren Kraftwerke sinkt von Jahr zu Jahr durch die unnötige Abschaltung und Zerstörung von Kraftwerken. Zudem sind wir bei dem Ziel, den CO₂-Ausstoß zu verringern, im Vergleich zu anderen Ländern nicht sonderlich erfolgreich. Deutschland hat ein extrem teures System aufgebaut, das trotz immenser finanzieller Transfers im internationalen Vergleich weder wettbewerbsfähige Preise liefert noch beim Klimaschutz erfolgreich ist.

WAMS: Wo hakt es besonders?

Beckmann: Nach wie vor wird die Komplexität des Umbaus des Energiesystems unterschätzt. Die Aufgabe besteht nicht allein im Ausbau von Erzeugungskapazitäten bei Windkraft- und Solaranlagen, sondern im Aufbau und Zusammenspiel eines vollständig neuen Energiesystems mit Netzen, Speichern, gesicherter Leistung, Flexibilitätsoptionen und vor allem auch einem neuen Marktdesign. Dabei wird übersehen, dass wesentliche technische und wirtschaftliche Fragen noch nicht hinreichend entwickelt sind. Auch die Größenordnung dieser Transformation wird unterschätzt. Hinzu kommt der Punkt, inwieweit der Umbau des Energiesystems überwiegend staatlich gesteuert werden sollte und dadurch technologische Freiheit sowie marktwirtschaftliche Innovation behindert werden.

Schenk: Wir haben größtenteils Pumpspeicherwerke, die Deutschland bilanziell rund 45 Minuten mit Elektroenergie versorgen könnten. Daran sieht man, welch gigantische und kostenintensive Aufgabe es wäre, längere Zeiträume mit Batteriespeichern zu überbrücken. Für Dunkelflauten von zwei Wochen ist dies mit Batterien schier undenkbar. Und bis Wasserstoffspeicher großtechnisch und kostengünstig im Terawattstunden-Maßstab verfügbar sind, werden noch Jahrzehnte vergehen. Ein Energiesystem, das auf volatilen Quellen wie Wind und Sonne plus Speichern basiert, ist systemisch immer teurer als ein System aus abgeschriebenen, regelbaren Großkraftwerken wie Kernkraft oder Kohle, die Strom genau dann produzieren, wenn er gebraucht wird. Speicher senken den Strompreis nicht. Sie sind das kostspielige Pflaster für ein instabiles System, um den Blackout zu verhindern.

WAMS: Wirtschaftsministerin Katherina Reiche wird scharf kritisiert, weil sie den weiteren Ausbau von Wind- und Solaranlagen stärker an Netzkapazitäten, Speicher, Marktsignale und Systemkosten koppeln will, also verhindern möchte, dass immer mehr Anlagen dort entstehen, wo der Strom mangels Leitungen oder Flexibilität häufig nicht sinnvoll aufgenommen werden kann. Wie beurteilen Sie die Pläne?

Beckmann: Die von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche vorgeschlagenen Maßnahmen sind nach mehr als 25 Jahren Energiewende und der einseitigen Förderung von Erzeugung durch Windkraft und Solar mehr als dringlich. Der insbesondere bei Solar in den Sommermonaten starke Leistungsanstieg und -abfall belastet Netze und Strommarkt. Mittags entstehen oft sogenannte negative Preise, abends und nachts müssen regelbare Kraftwerksleistungen oder Importe abgerufen werden. Der Schwerpunkt der Förderung sollte endlich von der reinen Stromerzeugung weg, hin zur Bereitstellung systemdienlicher Energie, verändert werden. Somit würde nicht die allein erzeugte Energie belohnt, sondern der Beitrag zur Versorgungssicherheit und Systemstabilität.

WAMS: Stattdessen setzt Deutschland auf Wind und Sonne – ein Fehler?

Schenk: Aus meiner Sicht macht derzeit der weitere, ungebremsste Ausbau von Solar- und Windenergie aus volkswirtschaftlichen Gründen keinen Sinn. Es entsteht ein Überbau an installierter Leistung mit volatiler Erzeugung und geringen Volllaststunden bei schrumpfender gesicherter Leistung und geringerer Energieproduktion, der dazu führen wird, dass immer öfter negative Strompreise in sonnen- oder windreichen Zeiten entstehen werden, in denen der Strom dann in unseren Nachbarländern „entsorgt“ werden muss, da nicht ausreichend Speicher zur Verfügung stehen. Trotzdem wird dieser Strom den Produzenten positiv vergütet. Die Differenz zahlt die Allgemeinheit. Und in Dunkelflauten kaufen wir dann Strom bei den Nachbarn teuer ein.

WAMS: Was ist das Kernproblem der Energiewende?

Beckmann: Das Kernproblem der Energiewende besteht 2026 im Fehlen eines unter Realbedingungen erprobten Gesamtsystems. Weder für regionale Energiezellen noch für die Bundesrepublik liegt ein belastbar validiertes Modell und schon gar keine experimentellen Nachweise vor, welche Erzeugung, Speicherung, Rückverstromung, Netze und Versorgungssicherheit im Zusammenspiel mit Industrie, Gewerbe und Haushalten integriert. Erst auf dieser Basis könnte beurteilt werden, ob sich ein solches System marktwirtschaftlich im globalen Wettbewerb trägt.

Schenk: Solar- und Windkraft liefern nahezu keinen Beitrag zur gesicherten Leistung. Diese volatilen Erzeuger brauchen immer ein Backup aus konventionellen Kraftwerken, Kernkraftwerken, Batterien oder Wasserstoffspeichern. Dunkel- und Hitzeflauten kann man mit Batterien zu angemessenen Kosten aber nicht überbrücken. Volkswirtschaftlich bedeutet dies, dass wir zwei Energiesysteme parallel finanzieren und instandhalten müssen: das volatile System aus Wind und Solar für gute Wetterlagen und das steuerbare System aus Kernkraft, Kohle, Gas oder später Wasserstoff für schlechte Wetterlagen. Hinzu kommen die Netzausbaukosten. Das treibt die Systemkosten für die Endverbraucher und die Industrie unvermeidbar in die Höhe.

Beckmann: Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte zeigt, dass die Energiewende „Made in Germany“ zu höheren Kosten und einer größeren Abhängigkeit, nicht nur von Energie, sondern auch von Rohstoffen und Produkten, führt. Durch die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke, vor der wir gewarnt hatten, wurde diese Abhängigkeit weiter verstärkt. Deutschland ist heute nicht mehr in der Lage, die gesicherte Leistung in der Stromversorgung aus eigener Kraft zu gewährleisten, wir sind somit auf Nachbarn angewiesen. Die Umfragen unter Industrieunternehmen nennen Bürokratie, hohe Energiekosten und Unsicherheiten über die Energieversorgung als Standortnachteil in Deutschland. Die Energiesouveränität betrifft insbesondere die Grundstoffindustrie. Ein Schrumpfen der Grundstoffindustrie, wie in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachten ist, hat enorme Auswirkungen auf die Wertschöpfung; ohne Grundstoffindustrie keine Kreislaufwirtschaft und ohne Kreislaufwirtschaft keine Rohstoffsouveränität.

WAMS: Vor vier Jahren klagten Sie, dass die Politik Sie und viele andere Experten ignorieren würden, die immer gewarnt hatten, Ideologie behindere die Energiewende – hat sich das geändert?

Beckmann: Nach wie vor ist eine ideologische Vorfestlegung zu spüren, die auch durch wirtschaftliche Interessen und bestehende Förderstrukturen flankiert wird. Wo erhebliche Investitionen und Subventionen locken, entstehen lukrative Geschäftsmodelle, die naturgemäß verteidigt werden.

2. „Der Wahnsinn hat einen Namen: „Energieeffizienzgesetz““ (Cicero vom 02.06.2026):

„Nun stellen Sie sich vor, was hierzulande los wäre, wenn das deutsche Bruttoinlandsprodukt in den nächsten vier Jahren nicht nur nicht steigt, sondern um fulminante neun Prozent fällt. Nach Berechnungen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), die in dieser Woche veröffentlicht wurden, müsste nämlich genau das geschehen, um die Vorgaben des sogenannten „Energieeffizienzgesetzes“ zu erfüllen. „Unter Fortschreibung des bisherigen Effizienztrends und bei strikter Einhaltung des vorgegebenen Ziels ergäbe sich, dass Deutschlands Wirtschaftsleistung bis 2030 um knapp neun Prozent im Vergleich zu 2024 schrumpfen müsste“, erläutert DIHK-Präsident Peter Adrian die Folgen des von der Ampel-Regierung eingeführten Gesetzes.

[...]

Der entscheidende Punkt des Gesetzes ist, dass es nicht nur um Effizienz im engeren Sinn geht. Eigentlich bedeutet Effizienz in diesem Zusammenhang, mit weniger Energie denselben oder mehr wirtschaftlichen Nutzen zu erzeugen. Doch das Gesetz

setzt Wirtschaft und Gesellschaft absolute Verbrauchsgrenzen. Für 2030 ist ein maximaler Endenergieverbrauch von 1867 Terawattstunden vorgesehen, bis 2045 wird angestrebt, dass der Energieverbrauch in Deutschland gar auf 1400 Terawattstunden sinkt. Diese Zahlen sagen natürlich niemandem etwas, deswegen hier zwei Vergleichszahlen: Im Jahr 2009 lag der gesamtdeutsche Energieverbrauch bei etwa 2544 und im Jahr 2024 bei rund 2246 Terawattstunden.

[...]

Genau darin liegt der Wahnsinn, und damit der politische Sprengstoff, dieses Bürokratiemonsters. Denn Wirtschaftswachstum, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Rechenzentren, neue Industrieprozesse oder die Elektrifizierung von Wirtschaft und Gesellschaft lassen den tatsächlichen Bedarf an Energie massiv steigen. Und mit dem Gesetz wird es im Laufe der Zeit immer schwieriger, von diesen Fortschritten zu profitieren, ganz egal, wie energieeffizient Unternehmen werden. Im Übrigen, und auch das ist wild, ist es dabei vollkommen irrelevant, ob Energie klimafreundlich gewonnen wird oder nicht. Somit bestraft das Gesetz nicht die Emission von CO₂, also das eigentliche Angriffsziel einer konsistenten Klimapolitik, sondern den Energieverbrauch selbst.

[...]

Doch nur einmal zur Illustration: Unternehmen mit mehr als 2,5 Gigawattstunden jährlichem Gesamtendenergieverbrauch müssen Abwärmepotenziale melden, wobei die Daten dazu auf einer staatlichen Plattform gesammelt und teilweise öffentlich sichtbar gemacht werden. Dadurch soll Abwärme aus der Industrie für Wärmenetze oder andere Abnehmer nutzbar gemacht werden. Und was heißt das in der Praxis? Es bedeutet nicht nur, dass die Unternehmen mit zusätzlichen Pflichten wie Messungen, Meldungen und der lückenlosen Dokumentation ihres Energieverbrauchs belastet werden. Das Gesetz führt auch dazu, dass Firmen zur Offenlegung von möglicherweise sensiblen Informationen über Produktionsprozesse, Standorte, Temperaturprofile und Energieflüsse gezwungen werden.

[...]

Stattdessen legt es eine absolute Obergrenze für den Energieverbrauch fest – und damit deckelt es auch das, was jede moderne Volkswirtschaft braucht, nämlich produktiv eingesetzte, klimafreundliche und vor allem günstige Energie.

[...]

Vor diesem Hintergrund ist es fast schon belanglos, dass das Energieeffizienzgesetz ein zutiefst marktfeindliches Instrument ist. Es ist Planwirtschaft in Reinstform, so sehr sogar, dass sich nicht einmal lupenreine sozialistische Diktaturen trauen, es in ihren Ländern umzusetzen. Der deutsche Staat geht davon aus, dass verbindliche Einsparziele, Managementsysteme und Transparenzpflichten den Energieverbrauch senken, ohne Wachstum und Investitionen ernsthaft zu beschädigen. Doch wie soll das möglich sein in einer Welt, in der die Digitalisierung zunimmt, Wirtschaft und

Gesellschaft elektrifiziert werden und wir uns inmitten einer industriellen Revolution befinden, die von einer Technologie angetrieben wird, deren Energiehunger alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt?

[...]

Denn eines ist klar: Wenn dieses Gesetz bestehen bleibt, dann hat es sich bis dahin mit Sozialleistungen, Rente, Pflege oder sozialem Frieden von allein erledigt.“

3. „Konzern plant Großinvestitionen in China und am Persischen Golf“ (Handelsblatt vom 30.06.2026):

„Der Kunststoffhersteller Covestro will sein Geschäft in den kommenden Jahren vor allem in Asien und in der Golfregion ausbauen. Der Leverkusener Konzern bereitet dazu den Bau einer neuen Großanlage für den Schaumstoff MDI am Standort Shanghai in China vor. Für dasselbe Produkt startet Covestro zudem eine Machbarkeitsstudie für ein neues Werk in den Vereinigten Arabischen Emiraten, wie das Unternehmen am Dienstag bekannt gab. Die neue Investitionsstrategie könnte sich auf die deutschen Standorte von Covestro auswirken. Das gilt vor allem für den möglichen Neubau in den Emiraten. Dort sitzt der neue Covestro-Eigentümer XRG, eine Investmentgesellschaft des staatlichen Ölkonzerns Adnoc. Den Leverkusenern bietet sich in Abu Dhabi eine Kombination aus integrierter Infrastruktur, Rohstoffverfügbarkeit und preiswerter Energie. „In dieser Region könnten wir eine der wettbewerbsfähigsten Anlagen der Welt bauen“, sagte Covestro-Chef Markus Steilemann im Interview mit dem Handelsblatt.

[...]

Covestro rechne mit einer anhaltenden Nachfrage nach dem Kunststoff-Vorprodukt MDI (Methylen-diphenyl-diisocyanat), insbesondere in Asien und im Nahen Osten. MDI ist ein Grundstoff für Hartschaum, der etwa zur Dämmung von Gebäuden und in Kühlschränken eingesetzt wird. Beide Anlagen sollen klimaneutral arbeiten. Die geplanten Investitionen sind die ersten dieser Größenordnungen seit der Übernahme durch Adnoc im Jahr 2025 und belaufen sich insgesamt auf knapp 4 Milliarden Euro. Die Entscheidung, das Werk in Shanghai zu eröffnen, sei kein Schritt „gegen Deutschland oder für China“, sagte Covestro-CEO Markus Steilemann (56) in einem Interview mit der „Financial Times“, sondern einer, der in erster Linie mit den besseren Wachstumsaussichten der Region begründet werde.

[...]

Zudem seien lokal produzierte Chemieerzeugnisse wegen der hohen Energiepreise auf dem globalen Markt nicht wettbewerbsfähig: „Wir haben weder in Deutschland noch in Europa die insgesamt richtigen Rahmenbedingungen.“ In der Folge sieht Steilemann die Zukunft europäischer Chemieunternehmen weniger in

energieintensiven Produktionsverfahren, sondern in Innovationen und ihrer Forschungskompetenz.“

4. „‘Die Welt lacht sich tot‘, sagt Aiwanger – 40 deutsche Konzerne schreiben Brandbrief an EU“ (WELT vom 18.06.2026):

„Zuvor hatten rund 40 Industriekonzerne mit einem Brief an die EU-Spitze Druck vor der geplanten Neuregelung des europäischen Emissionshandels ausgeübt. „Wir fordern ein entschlossenes Eingreifen, um die Kosten-Eskalation im Emissionshandelssystem (ETS) zu stoppen“, heißt es in dem Schreiben an EU-Ratspräsident António Costa und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Wenn das bestehende System fortgesetzt werde, werde es zu einer Verlagerung von Produktion und Werksschließungen kommen, schreiben die Unterzeichner, darunter die Chemiekonzerne BASF, Evonik, Covestro sowie die Stahlkonzerne Thyssenkrupp und ArcelorMittal.“

5. „Diese Prämie ruiniert, was sie stärken soll“ (WiWo vom 16.06.2026):

„Alles besser als das, was die Bundesregierung macht: Sie bezuschusst mit drei Milliarden Euro den Verkauf von E-Autos, die sich angesichts der hohen Benzinpreise sowieso gut verkaufen würden. Gekauft werden diese nun verstärkt von Geringverdienern, wie von der Bundesregierung angedacht. Genutzt aber wird sie vorrangig für den Kauf chinesischer Autos. Die Prämie hilft also genau jenen Konzernen, die sich derzeit anschicken, die hiesigen Autobauer aus dem Markt zu drängen. Die Regierung kurbelt den Rückbau der wichtigsten deutschen Industriebranche an, mit Steuermilliarden? In einem Unternehmen würde man das möglicherweise als Untreue bezeichnen.

[...]

Die aktuelle E-Auto-Kaufprämie ist schon die dritte in diesem Land. Die erste (2016 bis 2022) und die zweite (2023) sorgten dafür, dass die Hersteller die Autos teurer anbieten konnten und trotzdem loswurden. Es wurden also faktisch Hunderte Millionen Euro, vielleicht auch Milliarden, vom Steuerzahler auf die Konten der Hersteller umgeleitet.

In einer Studie stellte Ferdinand Dudenhöffer, Direktor des Bochumer Center Automotive Research, jüngst fest, dass mit der Einführung der neuen E-Auto-Prämie die Preise für Elektroautos durchschnittlich um mehrere hundert Euro anstiegen. Zuvor, als es keine Prämie gab und die Kräfte des freien Marktes wirkten, wurden E-Autos immer günstiger und kosteten oft kaum noch mehr als vergleichbare Verbrenner.

[...]

Zweiter fataler Effekt solcher Prämien: Es werden Käufe vorgezogen. Kaum sind die Prämien weg, bricht der Absatz umso stärker ein. Bestens belegt wurde das bei den sogenannten Abwrackprämien, die es 2009 in verschiedenen Ländern gab. Mit ihrer Hilfe sollten alte Autos aus dem Markt genommen werden, um die Umsätze der Autobranche anzukurbeln.

Eine Studie, die Regionen in den USA mit und ohne Abwrackprämie verglich, kam zu dem Schluss: Der Effekt der nach deutschem Vorbild gestrickten Prämie war nur wenige Monate nach dem Auslaufen fast gänzlich verpufft. Die Autokäufe, die wegen der Abwrackprämie stattfanden, hätte es wenig später ohnehin gegeben. Das Förderprogramm in den USA war, so folgerten Ökonomen der Universitäten Berkeley und Chicago, ein knapp drei Milliarden Dollar teures Strohfeuer ohne nachhaltige Impulse für die Konjunktur.

[...]

Und wie fast immer bei großen staatlichen Eingriffen in Märkte sorgten auch die deutschen E-Auto-Prämien für regelrecht absurde Nebeneffekte. So wurden 2022 und 2023 zehntausende E-Autos dank der Prämie in Deutschland günstig gekauft und dann – mit Gewinn für die cleveren Käufer – in Länder verkauft, wo es keine Prämie gab.

[...]

Sollten in den kommenden Wochen weiterhin vor allem chinesische Anbieter von der Prämie profitieren, muss die Bundesregierung auch dieses Mal umsteuern. Dann soll sie die Regeln aber nicht einfach zugunsten heimischer Anbieter anpassen. Sie soll die Förderung ganz streichen. Denn jeder Eingriff in den Markt, der nicht unbedingt sein muss, ist ein Fehler.

Der Markt funktioniert nämlich meistens ganz gut. Auch bei E-Autos. Wie eine Analyse von Daten des ADAC durch die WirtschaftsWoche unlängst ergab, ist bei 64 Prozent aller am deutschen Markt angebotenen E-Autos der Elektroantrieb inzwischen günstiger als die Verbrennervariante. Nicht der Kaufpreis ist niedriger, sondern die Gesamtkosten. Vorausgesetzt wurden ein Strompreis von 35 Cent/Kilowattstunde, Spritkosten von 1,92 Euro (Super, Diesel) sowie eine jährliche Fahrstrecke von 15.000 Kilometern.“

6. „Griechenland prüft den Einstieg in die Atomkraft“ (Handelsblatt vom 14.06.2026):

„Jetzt ändert sich dies allerdings. „Griechenland schlägt eine neue Seite auf“, erklärte Mitsotakis im März auf dem Weltgipfel für Kernenergie in Paris. „Es ist an der Zeit zu prüfen, ob Kernenergie – insbesondere mit kleinen modularen Reaktoren – künftig eine Rolle im griechischen Energiesystem spielen kann“, so der Premier.

[...]

Zusätzlichen Auftrieb erhielt die Debatte Ende Mai durch eine Studie der griechischen Denkfabrik Deon Policy Institute. Die Untersuchung analysiert den Einsatz dieser kleinen modularen Reaktoren (Small Modular Reactors, SMR) als schwimmende Anlagen (Floating Nuclear Power Plants, FNPP) und erläutert, weshalb sie besonders gut zur geografischen Struktur Griechenlands passen könnten.

[...]

Bis 2030 will Griechenland 80 Prozent seines Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen decken. Der steigende Anteil von Wind- und Solarenergie erfordert allerdings erhebliche Investitionen in Stromnetze, Speicher sowie intelligente Regel- und Steuerungssysteme, um Netzstabilität und Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

[...]

Starke Schwankungen bei der Erzeugung von Wind- und Solarenergie seien jedoch ein großes Problem, sagte der stellvertretende Energieminister Nikos Tsafos. Der tägliche Stromverbrauch des Landes liege bei etwa 140 bis 150 Gigawattstunden (GWh). Die Windstromproduktion schwanke zwischen zwei und 78 GWh pro Tag, die Photovoltaik-Erzeugung zwischen 2,6 und 54 GWh, erklärt Tsafos.

[...]

Atomkraft soll diese Grundlast nun sichern. Dass sich viele Staaten Europas in den vergangenen Jahrzehnten von der Kernenergie entfernt haben, bezeichnet Mitsotakis als einen großen strategischen Fehler. „Europa wird strategische Autonomie, Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung nicht ohne Kernenergie erreichen“, ist der Premier überzeugt.“

7. „Kleinreaktor-Vision befeuert fulminantes Börsendebüt“ (FAZ vom 26.06.2026):

„Der Börsenneuling will mit containerbasierten Nuklearanlagen Rechenzentren, Industrie und abgelegene Regionen versorgen. Unter dem Namen SMRX entsteht ein modulares Energiesystem auf Thoriumbasis. Es soll in Containern ausgeliefert werden, rund zehn Megawatt elektrische Leistung liefern und Kunden nicht verkauft, sondern im Modell „Energy as a Service“ bereitgestellt werden.

[...]

Gründer Florian Wagner beschreibt den Ansatz als bewussten Gegenentwurf zum klassischen Atomkraftwerk. „Wir haben keine kritische Kettenreaktion“, sagt er. Neutronen stammen dabei aus einem Teilchenbeschleuniger. Die Grundidee gehe auf Überlegungen eines früheren CERN-Vorsitzenden und Nobelpreisträgers zurück, sagt Gründer Florian Wagner. Emerald Horizon wolle diese nun in ein industriell herstellbares Serienprodukt übersetzen. Das geplante System besteht nach Angaben des Unternehmens aus vier Containern: einem Reaktorteil, zwei Speichereinheiten und einer Steuerungseinheit. Ein Modul soll etwa 10 Megawatt liefern. „Das ist noch

gerade so groß, dass man es wirklich reproduzieren kann wie ein Auto, aber groß genug, um einen Effekt zu haben“, sagt Wagner. Eine kleinere oder größere Standardgröße sei nicht geplant. Wer mehr Leistung brauche, solle mehrere Module aufstellen. Ein einzelnes Modul könne rechnerisch etwa 10.000 Haushalte versorgen.

Chancen für Afrika und entlegene Inseln

Beiratsmitglied Robert Holzmann, früher unter anderem Gouverneur der österreichischen Notenbank und Manager der Weltbank, sieht darin vor allem eine Infrastrukturinnovation. „Man kann Container in Afrika mit Lastwagen, Bahn oder Helikoptern in die Mitte der Wüste transportieren, wo Rohstoffe sind“, sagt er. Dort könne Energie erzeugt werden, ohne erst Stromleitungen über weite Strecken zu bauen. Für Afrika, viele Inselregionen oder abgelegene Industriestandorte sei das ein entscheidender Vorteil. „Afrika leidet darunter, dass zentrale Energie fehlt und die Leitungen dazu fehlen“, sagt Holzmann. Ohne Energie sei Industrialisierung kaum möglich. Als Zielgruppen nennt Emerald Horizon nicht Privathaushalte, sondern Rechenzentren, Krankenhäuser, kritische Infrastruktur, Schwerindustrie, abgelegene Regionen, Häfen, Flughäfen und Schiffe. Für kleine Standorte reichten ein oder zwei Module, für größere entsprechend mehr. Krankenhäuser könnten mit einem Modul autark werden. Auch E-Ladestationen oder Flughäfen ließen sich dezentral versorgen. Emerald Horizon will die Anlagen nicht verkaufen, sondern gegen eine feste Energievergütung betreiben. Die Ersparnis für Kunden beträgt eigenen Angaben zufolge mindestens 50 Prozent. Das Risiko soll beim Anbieter bleiben. Der Kunde zahle nur, wenn die Anlage liefere. Holzmann vergleicht die Struktur mit klassischen langfristigen Infrastrukturfinanzierungen.

[...]

Auch Holzmann betont, dass sich das System wegen des Fehlens einer kritischen Kettenreaktion fundamental von herkömmlicher Nukleartechnik unterscheide. Der anfallende Abfall sei nicht mit den langlebigen Abfällen klassischer Kernkraftwerke vergleichbar. Wagner spricht davon, dass keine transuranen Abfälle entstünden. Der Rest sei nach einigen Jahrhunderten normal entsorgbar.“

8. „Rekordfinanzierung: Proxima Fusion sichert sich 411 Millionen Euro bei einer Bewertung von über 2,4 Milliarden Euro“ (Press Release Proxima vom 07.07.2026):

- *„Damit ist Proxima Fusion das bestfinanzierte und höchstbewertete Fusionsunternehmen Europas*
- *Kapitalmarkt bestätigt Proximas Pläne, das erste Stellarator-Fusionskraftwerk der Welt in Gundremmingen zu bauen – mit dem Demonstrator Alpha als Vorstufe*
- *Durch Kapitalzufluss wird Voraussetzung für öffentliche Mittel in der Rekordzeit von nur drei Monaten erfüllt*

- *Erfolgreiche Private-Public-Partnership stärkt deutsche Position im globalen Wettbewerb mit USA und China, sichert Wertschöpfung in Deutschland und stärkt Tech-Souveränität*

[...]

Die Serie-A2-Finanzierungsrunde wird von XTX Ventures und East X Ventures angeführt. RWE und Google beteiligen sich als strategische Investoren.

Beteiligt haben sich außerdem KfW Capital, SPRIND, Burda Principal Investments sowie bestehende Investoren wie Plural, UVC Partners, Balderton, Cherry Ventures, DST Global, Brevan Howard Macro Venture, Lightspeed, DTCF, redalpine, Leitmotif, Elaia, CDP Venture Capital, Bayern Kapital und der EIC Fund.“

9. „Laser für Fusion (DESY News vom 29.07.2026):

„Der Weg zum weltweit ersten kommerziellen Laser-Fusionskraftwerk mag lang sein – doch er wird mit Sicherheit durch Hamburg und Schleswig-Holstein führen. Das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) hat die Förderung von drei Fusion-Hubs in ganz Deutschland angekündigt. Ein zentraler Baustein des Programms ist der Laser-Fusion-Hub, der mit dem internationalen Röntgenlaser-Forschungszentrum European XFEL als Kern entstehen wird – einer Einrichtung, die auf dem DESY-Campus beginnt und bei der DESY als engster Partner agiert.

[...]

Neben European XFEL und DESY beteiligen sich die Universität Hamburg und die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel am Laser-Fusion-Hub. Ein entscheidender Schritt ist die direkte Einbindung der Industrie bereits zu Beginn des Fusion-Hub-Programms. Die Unternehmen Marvel Fusion und Focused Energy sind Anteilseigner und Mitgründer des Fusion-Forschungs- und Entwicklungscampus und bringen wertvolle Perspektiven mit.

[...]

Maryam Blumenthal, Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, Freie und Hansestadt Hamburg: „Die Entscheidung des Bundes zur Förderung der Laserhubs ist ein starkes Signal – für den Norden und für Hamburgs Rolle bei der Entwicklung von Technologien, die unsere Zukunft prägen. Fusionsforschung kann ein entscheidender Faktor für die Energieversorgung von morgen werden. Mit European XFEL und PETRA am DESY bringen wir in Hamburg Forschungsinfrastruktur von Weltrang ein. Was Focused Energy und Marvel Fusion an Erfahrung aus der Anwendung mitbringen, trifft in der Science City auf ein höchst dynamisches und innovationsfreudiges Umfeld. Wir haben in den vergangenen Jahren gezielt investiert, um hier die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen. Ich freue mich, dass wir mit

Schleswig-Holstein und Hessen den Hub gemeinsam unterstützen und gratuliere allen Beteiligten sehr herzlich zu diesem Erfolg!"

Dorit Stenke, Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein: „Jede große Zukunftstechnologie beginnt mit der Entscheidung, loszulegen. Diese Entscheidung treffen wir heute gemeinsam. Mit European XFEL, der CAU und den engen Kooperationen zum DESY bringt der Norden nicht nur eine weltweit einzigartige Forschungsinfrastruktur in die Partnerschaft ein, sondern insbesondere auch seine Expertise im innovativen Nanomaterialdesign, in der Röntgendiagnostik, in der Plasmasimulation und in der Lasertechnologie. Das ist nicht nur ein Gewinn für die Wissenschaft, sondern ein klares Signal: Schleswig-Holstein gestaltet als Innovationsstandort die Energie der Zukunft mit.“

Thomas Feurer, Direktor des European XFEL: „Der European XFEL ist einer der leistungsstärksten Röntgenlaser der Welt – unsere hochpräzise Diagnostik für Kompressionsphysik ist weltweit einzigartig. Sie ist der Schlüssel, um Konzepte für die Laserfusion experimentell zu validieren und in der Entwicklung der Technologie die richtigen Entscheidungen zu treffen.“

Prof. Franz Kärtner, leitender Wissenschaftler bei DESY und ein Professor an der Universität Hamburg: „DESY und die Universität Hamburg haben bereits eine effiziente kryogene Hochenergie- und Hochleistungslasertechnologie entwickelt. Sie lässt sich auf die anspruchsvollen Anforderungen zukünftiger Laserfusionskraftwerke skalieren und ist mit verschiedenen Zündkonzepten kompatibel. Der neue Laser Fusion Hub ist unverzichtbar, wenn wir diese anspruchsvolle Skalierung auf bislang unerreichte mittlere Leistungsniveaus bei gleichzeitig hoher Effizienz in enger Zusammenarbeit mit der Industrie umsetzen wollen.“ “

10. „Der Wasserstoff-Boom lässt weiter auf sich warten“ (FAZ vom 05.08.2026):

„Industrie und Wissenschaft sind ernüchtert: Der Hoffnungsträger der Energiewende wird „teurer, knapper und später verfügbar als ursprünglich erhofft“. Ein Überblick über die großen Probleme im Hochlauf.

[...]

Doch um den Hoffnungsträger ist es zuletzt bedenklich still geworden. Wenn überhaupt, sorgten vor allem Negativnachrichten für Schlagzeilen. Trotz zugesagter staatlicher Fördermittel von 1,3 Milliarden Euro blies der Stahlkonzern Arcelor Mittal im vergangenen Jahr Pläne für den Bau von Direktreduktionsanlagen für die Produktion von grünem Stahl mittels Wasserstoff ab. Die Bundesregierung hat Mitte Juli zwar neue Mitglieder in ihr zentrales Beratungsgremium, den Nationalen Wasserstoffrat, berufen – auch Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) stand mal an dessen Spitze –, die Forschung in dem Bereich wurde zuletzt allerdings arg zusammengestrichen.

[...]

Fünfmal so teuer wie Erdgas

Nun schlägt die Denkfabrik Epico Alarm. „In zentralen Anwendungsfeldern bleibt Wasserstoff nach heutigem Kenntnisstand unverzichtbar – für das Erreichen der Klimaziele ebenso wie aus Resilienz- und Wettbewerbsgründen“, heißt es in einem neuen Papier, welches der F.A.Z. vorab vorliegt. „Gleichzeitig wird er teurer, knapper und später verfügbar sein als ursprünglich erhofft.“ Und weiter: „Noch nie gab es so viele Strategien, Förderprogramme und politische Zielsetzungen – gleichzeitig scheitern immer mehr Projekte an ausbleibenden Investitionsentscheidungen.“ Ähnlich pessimistisch hatte sich Mitte Juli die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) geäußert.

[...]

Die Epico-Fachleute sehen drei strukturelle Probleme. Erstens seien erneuerbarer Wasserstoff und seine Derivate wie Ammoniak oder Methanol immer noch viel zu teuer. Zweitens schaffe der Markt es nicht, die gleichzeitige Entwicklung von Angebot, Nachfrage und Infrastruktur („Henne-Ei-Problem“) zu koordinieren. Und drittens erschwere ein Vorgabengeflecht aus Berlin und Brüssel Investitionen. Dem Gutachten zufolge kostet erneuerbarer Wasserstoff derzeit zwischen 240 und 350 Euro je Megawattstunde, blauer, also aus Erdgas gewonnener Wasserstoff etwa 120 bis 150 Euro. Dem gegenüber stehen Kosten von knapp 50 Euro für Erdgas. Auch die Internationale Energieagentur hatte ihre Kostenprognosen zuletzt wiederholt nach oben korrigiert. Wichtigste Voraussetzung für Wirtschaftlichkeit sei ein verlässlich ansteigender CO₂-Preis und gleichzeitig günstiger Strom, schreiben die Fachleute von

Epico. Erst mit einem Strompreis von 35 bis 50 Euro je Megawattstunde werde Wasserstoff „in die Nähe industrieller Zahlungsbereitschaft“ kommen.

[...]

EU-Vorgaben, wann welcher Wasserstoff als grün gilt, machen Betreibern das Leben schwer. So müssen sie unter anderem ab 2028 nachweisen, dass der zur Produktion erforderliche Ökostrom aus neu aufgebauten, nicht geförderten Wind- oder Solarparks stammt. Zudem müssen Stromerzeugung und Wasserstoffproduktion fast gleichzeitig stattfinden, sonst gilt Letztere nicht als grün – ein bürokratisches Regelwerk, das aus Sicht der Branche Investitionen hemmt.

[...]

Worauf Klaas hinauswill: Beim Bau der Importleitungen sieht es ebenfalls nicht gut aus. Die 2024 verabschiedete Importstrategie der Bundesregierung sieht vor, dass 50 bis 70 Prozent des Bedarfs aus Nordeuropa, dem Nahen Osten und Teilen Afrikas eingeführt werden sollen. Doch auch hier sieht das EWI viele Ankündigungen – darunter 22 geplante Pipelines und Terminals, von denen die Hälfte eigentlich bis 2030 in Betrieb gehen soll –, aber nur wenige konkrete Investitionsentscheidungen.

Bislang gibt es in Deutschland nur zwei Importterminals; sie führen bislang fossiles Ammoniak ein. Zudem sind die Planungen für das innerdeutsche Kernnetz, das bis 2032 schrittweise entstehen soll, zwar weit fortgeschritten. Unklar ist aber, wie der Wasserstoff weiter zu den potentiellen Abnehmern gelangen soll.

[...]

Um den Einsatz von Fördermitteln begrenzt zu halten, empfiehlt die Denkfabrik, diese vor allem in jene Anwendungen zu lenken, die ansonsten kaum Chancen auf Dekarbonisierung haben, darunter Stahl, Chemie, Flugzeuge und Schifffahrt. In anderen Bereichen hingegen seien „Effizienzsteigerungen, direkte Elektrifizierung, Netzausbau oder nachfrageseitige Flexibilitätsoptionen günstiger und schneller wirksam“. Zudem solle die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten eine europäische Wasserstoffallianz aufbauen, um grenzüberschreitende Infrastruktur gemeinsam zu planen und Nachfrage zu bündeln.“

Zusammenstellung: Titus Kretzschmar, FDP Dithmarschen/SH, Mitglied LFA, BFA und wirtschaftsliberaler Think Tank „WiLi-SH“